

# vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

AUGUST 2021



Von Nancy Faeser,  
SPD-Landesvorsitzende und  
Vorsitzende der SPD-Fraktion  
im Hessischen Landtag

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Halbzeitbilanz der schwarzgrünen Landesregierung ist ernüchternd und zeigt: Schwarzgrün in Hessen ist kein Modell für den Bund, sondern ein abschreckendes Beispiel. Klar ist: Die Coronapandemie hat uns alle vor große Aufgaben gestellt. Umso bedauerlicher, dass die schwarzgrüne Landesregierung vielen dieser Aufgaben nicht gewachsen war. Aber schon vor Corona hat sich gezeigt, dass die Parole „Weiter sol“ nicht ausreicht, um Hessen für die Veränderungen der Zukunft fit zu machen. Denn das Morgen zu gestalten ist mehr, als das Hier und Jetzt zu verwalten, wie es Schwarzgrün tut. Ein Grund dafür: Die aktuelle Regierungskoalition verfügt im Hessischen Landtag über eine Mehrheit von genau einer Stimme. Das bedeutet, die Regierung kann praktisch von jedem einzelnen Abgeordneten der Koalition unter Druck gesetzt werden. Deswegen müssen die allermeisten Mitglieder der schwarzgrünen Landesregierung auch nicht fürchten, dass Fehler in ihrer Amtsführung politische oder personelle Konsequenzen haben: Neun der elf amtierenden Ministerinnen und Minister sind zugleich auch Landtagsabgeordnete, deren Stimme für den Fortbestand der Regierung benötigt wird. Das erklärt vielleicht, warum in der amtierenden Landesregierung so viel passiert, was nicht passieren sollte. Und wieso Schwarzgrün so mausgrau regiert. Gerade bei den Herausforderungen unserer Zeit ist das zu wenig: Der menschengemachte Klimawandel ist real. Die Bedrohung, die er für das Leben auf der Erde darstellt, auch. Aber in der Zusammenarbeit mit der CDU haben die hessischen Grünen alle Ambitionen auf einen wirksamen Klimaschutz aufgegeben. Es wäre auch die Aufgabe einer verantwortungsbewussten, zukunftsgerichteten Politik, die Veränderungen der Arbeitswelt eng zu begleiten und mitzugestalten. Damit es in unserem Land auch in zehn und zwanzig Jahren viele gute Arbeitsplätze gibt. Schwarzgrün gibt darauf keine Antworten. Und auch wenn man sehr fehlertolerant ist und berücksichtigt, dass niemand Erfahrung mit einer globalen, todbringenden Viruspandemie hatte, muss man feststellen, dass die Landesregierung hinter den berechtigten Erwartungen der Menschen an ihre politischen Entscheidungsträger zurückgeblieben ist. Erst hat es viel zu lang gedauert, bis das schwarzgrüne Kabinett überhaupt die Dimension der Herausforderung verstanden hat, und dann hat es in vielen Bereichen zweifelnde Entscheidungen getroffen – von den Schulen, die fünf Monate lang geschlossen blieben, bis zum verstopften Start der Impfkampagne. Das ist Regierungsarbeit auf dem Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners. Anders gesagt: Schwarzgrün ist eine Koalition ohne Zukunft. Wir arbeiten mit Euch daran, Hessen selbstbewusster, solidarischer und sozialdemokratischer zu machen.

Herzlichst – Nancy Faeser

**DIE SPD HESSEN HAT  
AM 19.06.2021 DIE  
LANDESLISTE ZUR  
BUNDESTAGSWAHL  
AUFGESTELLT.**

**WIR GRATULIEREN  
51 MOTIVierten  
KANDIDierenden ZU  
IHREM LISTENPLATZ.  
SIE WERDEN IN DEN  
NÄCHSTEN WOCHEN  
IM GESAMTEN LAND  
DAFÜR KÄMPFEN, DIE  
WÄHLERINNEN UND  
WÄHLER VON DER  
SOZIALDEMOKRATIE  
ZU ÜBERZEUGEN!**

## WIR MACHEN SOZIALE POLITIK FÜR DICH

DER SPD-LANDESPARTEITAG IN OFFENBACH

**K**ein Parteitag ist wie jeder andere. Das galt in diesem Jahr in besonderer Weise. Am 19. Juni 2021 fand der erste Landesparteitag der hessischen SPD unter Pandemiebedingungen statt. Ermöglicht wurde das durch das Stadion am Bieberer Berg in Offenbach – stets unter Wahrung der geltenden Coronaregeln, denn genügend Abstand zu wahren, ist in einem Fußballstadion kein Problem. Unter blauem Himmel und bei Sonnenschein konnten die Genossinnen und Genossen sich nach langer Zeit wieder in Präsenz treffen, hitzige Debatten führen und eine besondere Atmosphäre erleben. Aufgrund der bevorstehenden

Bundestagswahl im September war es dringend notwendig, einen Parteitag mit Vertreterversammlung durchzuführen und die hessische Landesliste für die Bundestagswahl aufzustellen. Die Landesvorsitzende Nancy Faeser stellte in ihrer Rede klar, dass „die hessische SPD hochmotiviert und mit positiver Energie in den Bundestagswahlkampf geht“. Vor dieser besonderen Kulisse haben die Delegierten Michael Roth mit 92,7 % als Spitzenkandidaten für die Partei ins Rennen geschickt, der nun die hessischen Kandidierenden in einen starken Wahlkampf für die Bundestagswahl 2021 führen wird.

Fortsetzung auf Seite 2



Michael Roth wurde am Landesparteitag von 92,7 % der Delegierten zum Spitzenkandidaten gewählt.

WIR  
GRATULIEREN

**Klaus Peter Schellhaas**  
zur Wiederwahl  
als Landrat in  
Darmstadt-Dieburg

SCHULE IST  
ELTERNsache!

Der Elternbund hessen e. V. setzt sich seit 40 Jahren für eine kindgerechte, demokratische Schule ein. Für eine Schule der Vielfalt, in der alle Kinder gemeinsam lernen und Elternrechte ernst genommen werden.

Er beteiligt sich an bildungspolitischen Diskussionen und wird regelmäßig zu Anhörungen eingeladen. Er unterstützt Eltern in Fragen von Schule und Bildung und informiert seine Mitglieder über aktuelle Themen wie z. B. Ganztagschule, Inklusion, Digitalisierung und Rechtsradikalismus. Die schulischen Herausforderungen während der Pandemie hat der Elternbund sorgsam begleitet.

Der Elternbund hessen e. V. sucht immer nach Unterstützenden für eine kindgerechte, demokratische Schule. Weitere Informationen gibt es unter [www.elternbund-hessen.de](http://www.elternbund-hessen.de).

elternbund hessen e. V. **ebh**  
mitglieder mitwirken mitentscheiden

## WIR MACHEN SOZIALE POLITIK FÜR DICH!

## DER SPD LANDESPARTEITAG IN OFFENBACH

Fortsetzung von Seite 1

Nicht nur die Temperaturen waren hoch – auch die Stimmung war gut, als Michael Roth in seiner Rede klarstellte: „Mutti hat fertig!“ Denn die SPD strebt die Regierungsverantwortung auf Bundesebene im Kanzleramt an. Die Amtsinhaberin kandidiert nicht mehr, die Karten werden komplett neu gemischt. Neben der Listenwahl stand vor allem das Thema Zukunft im Mittelpunkt des Parteitages. Zukunft der Arbeit, die Folgen des Klimawandels und der Digitalisierung sowie die Erhaltung von Arbeitsplätzen waren die zentralen Themen, die im Rahmen des Landesparteitages diskutiert wurden. Die größte Herausforderung für die nächste Regierung wird die Überwindung der Folgen der Pandemie darstellen, vor allem in sozialer Hinsicht. Hier braucht es dringend mehr Unterstützung für Familien und Kinder sowie langfristige Perspektiven. Es darf nicht sein, dass die Folgen der Krise von einzelnen Gruppen abge-



fangen werden und die soziale Ungleichheit immer weiter zunimmt. Stattdessen braucht es endlich echte Chancengleichheit. Als Gäste sprachen dazu per Videobotschaft unter anderem der Kanzlerkandidat Olaf Scholz und Arbeitsminister Hubertus Heil. „Die SPD hat guten Ideen für die Zukunft, von denen jetzt noch die Bürgerinnen und Bürger überzeugt werden müssen“, betont die Landesvorsitzende Nancy Faeser. „Mit Olaf Scholz

haben wir einen Kanzlerkandidaten, der bewiesen hat, dass er die Dinge anpackt und auch umsetzt.“

Jetzt gilt es, alle Kräfte zu bündeln und gemeinsam den Wahlkampf zu meistern. Die Landesliste der SPD Hessen ist vielfältig, ausgewogen und bildet damit die Vielfältigkeit und Diversität ab, die auch in unserer Gesellschaft vorzufinden ist. Die hessische SPD ist zuversichtlich, im September ein gutes Ergebnis zu erzielen. Die Partei setzt weiterhin auf Sieg und hat ein mutiges Programm, um die Demokratie in Deutschland und Europa für die Zukunft zu stärken. Mit einem starken Kanzlerkandidaten Olaf Scholz ist das Rennen nach wie vor offen, und es gilt, die Menschen zu überzeugen. Dafür müssen alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen. Bis zum 26.09. ist noch etwas Zeit – packen wir es gemeinsam an, für ein starkes SPD-Ergebnis und für mehr soziale Politik. ■

## DIE FOLGEN DER PANDEMIE SIND EINE GROSSE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SCHULEN

## DIE HESSISCHE SCHULPOLITIK BLEIBT EIN EINZIGES CHAOS

Das vergangene Schuljahr war geprägt von den Auswirkungen der Pandemie und hat Schülerinnen, Schüler, Lehrkräfte und Eltern vor enorme Herausforderungen gestellt. Nun beginnt das Schuljahr 2021/2022. Die Aufgabe der Landesregierung wäre es gewesen, zumindest die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Lernen in Zeiten der Pandemie für alle erleichtern. Stattdessen hat Schwarzgrün bereits seit Beginn der Pandemie immer nur zeitverzögert reagiert, statt vorausschauend zu agieren. Sei es in Bezug auf die Einführung des Wechselunterrichts, die erst auf enormen Druck und sehr spät zustande kam, oder im Rahmen des Aufholprogramms, das wiederum erst eingesetzt wurde, nachdem der Bund die entsprechenden finanziellen Mittel auf den Weg brachte.

Bereits seit Langem fordert die hessische SPD, dass die coronabedingten Nachteile, die Kinder und Jugendliche im letzten Schuljahr erfahren haben, ausgeglichen werden. Die vom grünen Sozialminister vorgelegten Begegnungspartys reichen dafür nicht aus. Es benötigt langfristige Programme, von denen alle Kinder und Jugendliche in Hessen profitieren können. Diese müs-

sen personell entsprechend ausgestattet werden, und das Land muss dauerhaft die Kosten tragen. Die SPD will zukünftig an allen hessischen Schulen ein bedarfsdeckendes Angebot an Schulsozialarbeit und schulpädagogischer Betreuung, denn die Folgen von Corona werden Schülerinnen und Schüler noch eine lange Zeit beschäftigen. Gerade bei Kindern und Jugendlichen zeigt die Pandemie schreckliche Auswirkungen. Dafür braucht es ein langfristiges Konzept und wirksame Maßnahmen für die Zukunft.

Die Aufholpakete von Bund und Land zum Abbau von Lernrückständen sowie von sozialen und psychischen Folgen der Pandemie müssen langfristig und verbindlich zu einem Masterplan

Chancengleichheit zusammengefügt werden. Es darf kein „Weiter so“ mehr geben, denn die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie unterschiedlich die Lehr- und Lernbedingungen in Hessen wirklich sind.

Es darf nicht sein, dass der Bildungserfolg nach wie vor davon abhängt, wo ein Kind zur Schule geht und ob es Eltern hat, die helfen und sich einen Laptop für ihr Kind leisten können. Deswegen will die hessische SPD, dass der digitale Unterricht gestärkt wird. Er bietet eine wichtige und sinnvolle Ergänzung, um in den nächsten Jahren das Bildungssystem zukunftsfähig auszurichten und die individuelle Förderung auszubauen.

Guter Unterricht und gute Betreuung sind wichtig. Deshalb sollte Politik alles dafür tun, dass Schulschließungen im neuen Schuljahr vermieden werden. Aber klar ist auch, Hessen hat insgesamt noch viel zu tun, egal ob die Schaffung echter Chancengleichheit, der Ausbau der Digitalisierung oder die Aufholung von Defiziten aus dem vergangenen Jahr. Die Schwarzgrüne Landesregierung zeigt bislang lediglich, dass das Schulchaos wohl leider auch noch im nächsten Schuljahr Wirklichkeit sein wird. ■



FOTO: COLOURBOX

# BUNT, VIELFÄLTIG, JUNG UND ERFAHREN

## DIE LANDESLISTE DER SPD HESSEN

Die Landesliste der hessischen SPD für die Bundestagswahl am 26. September ist vielfältiger denn je. Damit setzt sie ein starkes Zeichen für eine offene Gesellschaft, denn die Zusammensetzung des Parlaments soll immer auch ein Abbild der Menschen im Land sein. „Neben bekannten Gesichtern fin-

den sich Kandidierende auf aussichtsreichen Positionen im Juso-Alter oder aber auch mit Migrationshintergrund. Unsere Liste ist bunt, vielfältig, jung und erfahren, genau wie unsere Partei“, erläutert Generalsekretär Christoph Degen. Angeführt wird die Liste von Spitzenkandidat Michael Roth, der auf dem Parteitag in ei-

ner kämpferischen Rede die Genossinnen und Genossen überzeugt hat. Insgesamt 51 Personen wurden auf dem Landesparteitag in Offenbach gewählt, die am 26. September zur Wahl stehen. Nun gilt es, rauszugehen, mit Menschen zu sprechen und sie davon zu überzeugen, SPD zu wählen. ■

## „WO DIE ZUVERSICHT ZUHAUSE IST“

### DREI FRAGEN AN SPITZENKANDIDAT MICHAEL ROTH

**vorwärts Hessen:** Michael, du bist Spitzenkandidat der hessischen SPD bei der Bundestagswahl im September. Wie kann die SPD die Wählerinnen und Wähler bis zum 26. September überzeugen?

**Michael Roth:** Natürlich können wir mit den aktuellen Zustimmungswerten für die SPD nicht zufrieden sein. Da müssen wir noch deutlich zulegen. Aber dieselben Umfragen zeigen ja eben auch, dass Olaf Scholz als Kanzlerkandidat sehr viel Zuspruch erhält. Davon wird am Ende auch die SPD profitieren, wenn wir Zuversicht verbreiten. Bei uns überzeugt beides, der Kanzlerkandidat und die Inhalte – das unterscheidet uns von CDU/CSU und Grünen.

**vorwärts Hessen:** Im Bundestag bist du beinahe schon ein alter Hase. Was motiviert dich, wieder anzutreten?

**Michael Roth:** Das Schöne an meinem Beruf ist ja, dass man sich regelmäßig überprüfen muss, ob man noch genügend Kraft, Ideen und Motivation mitbringt.



FOTO: MICHAEL FARKAS

Ich habe das nach vielen Gesprächen so entschieden. Es freut mich, dass mir die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis auch nach 23 Jahren noch vertrauen und es mir zutrauen. In den vergangenen

Jahren konnte ich in meiner Heimat vieles zum Guten anstoßen. Da haben sich mein Regierungsamt und die guten Kontakte schlicht ausgezahlt. Und ich will weiter mit anpacken, damit sich die Dinge vor Ort zum Positiven verändern.

**vorwärts Hessen:** Du kandidierst im Wahlkreis 169 Werra-Meißner/Hersfeld-Rotenburg. Wie verteidigst du dein Direktmandat?

**Michael Roth:** Selbstverständlich trete ich an, um meinen Wahlkreis zum siebten Mal zu gewinnen. Aber auf Wahlerfolge gibt es nun einmal kein Abo – das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler muss man sich immer wieder aufs Neue verdienen. Unter dem Motto „Wo die Zuversicht zu Hause ist“ werde ich auch in den nächsten Wochen das tun, was ich seit 23 Jahren gerne mache: Ich bin viel unterwegs – auf dem Fahrrad, mit dem Wahlkampfbus und bei ganz vielen Veranstaltungen vor Ort. Mein Team und ich haben uns einiges einfallen lassen. ■

## LANDESLISTE DER SPD HESSEN

1. Michael Roth
2. Dagmar Schmidt
3. Kaweh Mansoori
4. Bettina Müller
5. Sören Bartol
6. Natalie Pawlik
7. Dr. Jens Zimmermann
8. Esther Dilcher
9. Martin Rabanus
10. Nadine Ruf
11. Dr. Edgar Franke
12. Dr. Ilja-Kristin Seewald
13. Tuna Firat
14. Alicia Bokler
15. Andreas Larem
16. Birgit Kömpel
17. Felix Döring
18. Melanie Wegling
19. Sven Wingerter
20. Sophie Frühwald
21. Jan Lennard Oehl
22. Hibba-Tun-Noor Kauser
23. Armand Zorn
24. Serpil Sarikaya
25. Timon Gremmels
26. Tanja Pfenning



## VOLLER SCHWUNG INS NEUE SCHULJAHR 2021/2022!

### DIE SCHULSTARTAKTION DER SPD HESSEN

Wie bereits in den vergangenen Jahren, gibt es auch dieses Jahr erneut die inzwischen traditionelle Schulstartaktion der SPD Hessen. Nach den Sommerferien und mit dem Schulstart sollen wieder alle Schülerinnen und Schüler und auch die Kita-Kinder sowie deren Eltern mit kleinen Geschenken im neuen Schul- und Kitajahr 2021/2022 begrüßt werden. Gleichzeitig ist dies ein guter Anlass zu unterstreichen, dass die SPD die Partei ist, die sich besonders für gute Bildung für alle und Chancengleichheit einsetzt.

Bereits in den letzten Jahren waren die Verteilaktionen immer ein Erfolg und haben guten Anklang gefunden. Auch das neue Schul- und Kitajahr steht nach wie vor unter dem Eindruck der Pandemie. Allerdings sind die corona-

konformen Verhaltensweisen den meisten inzwischen vertraut. Zunehmend ist festzustellen, dass die Menschen dennoch – oder gerade jetzt – gehört werden wollen und mit ihren Bedürfnissen ernst genommen werden möchten. Das betrifft wohl kaum jemanden mehr als Eltern, die sich eine gute Bildung und Betreuung für ihre Kinder wünschen. Daher lohnt es sich gerade zum Schulstart, auf eine gute und auf Chancengleichheit

ausgelegte Bildungspolitik hinzuweisen und unter Einhaltung angemessener Hygienemaßnahmen ins Gespräch zu kommen. ■



BILD: ENVATO ELEMENTS

LANDESLISTE  
DER SPD HESSEN,  
FORTSETZUNG

27. Dr. Harald Schaaf

28. Jelena Rothermel

29. Maximilian  
Ziegler

30. Monika Vaupel

31. Jan Moritz  
Böcher

32. Yasmin Schilling

33. René Petzold

34. Stefanie Minkley

35. Kevin  
Trah-Bente

36. Berivan Tayboga

37. Patrick Gebauer

38. Stefanie Kraft

39. Lukas Becker

40. Ulrike Helga  
Schmidbauer

41. Silke-Christina  
Lüderwald

42. Nicole Felkl

43. Cornelia  
Fürpahs-Zipp

44. Cornelia Bethke

45. Stefanie Helene  
Then

46. Beate Fischer

47. Sigrid Sauer

48. Marianne Wölk

49. Waltraud  
Mai-Wehnes

50. Claudia Sälzer

51. Monika Oertel

# „SCHAUT HIN!“

## DER KIRCHEN- UND RELIGIONSPOLITISCHE BEIRAT AUF DEM ÖKUMENISCHEN KIRCHENTAG 2021

Der Ökumenische Kirchentag 2021 in Frankfurt fand aufgrund der Coronapandemie überwiegend digital statt. Der Kirchen- und Religionspolitische Beirat der Landes-SPD brachte sich mit zwei digitalen Veranstaltungen in die aktuelle Diskussion ein. Mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese, konnte der Beirat einen prominenten Gast gewinnen. Kerstin Griese betonte, dass durch die gute Arbeit von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil mit dem Kurzarbeitergeld zwei Millionen Jobs in der Zeit der Coronapandemie gerettet werden konnten.

„Auch das nun auf den Weg gebrachte Lieferkettengesetz leistet einen wichtigen Beitrag dafür, dass ausbeuterische Kinderarbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten ein Ende haben“, so Heike Hofmann, Landtagsvizepräsidentin, Landtagsabgeordnete und Co-Vorsitzende des Beirats. In der anschließenden Diskussion mit Kerstin würdigte der Beirat ausdrücklich, dass im Wahlprogramm der SPD der Respekt für die Mitmenschen im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik stehe. Respekt

ist eine „immaterielle Währung“, die aber ganz praktische Auswirkungen in der Sozialpolitik hat.

Bei einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung vorbereiteten digitalen Podiumsdiskussion im Anschluss an die Hauptveranstaltung mit dem Vizekanzler und Kanzlerkandidaten Olaf Scholz diskutierten die Podiumsteilnehmenden u. a. mit dem digitalpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Jens Zimmermann, über die Herausforderungen, denen sich die Gesellschaft nach der Coronapandemie stellen muss. „Die SPD steht für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft, in der das soziale Miteinander gestärkt wird und wir in einem modernen Sozialstaat leben. Die SPD begrenzt den Klimawandel durch technologischen Fortschritt und Innovation und will die Digitalisierung im Sinne der Menschen vorantreiben sowie zukunftsfähige Ausbildungs- und Arbeitsplätze sichern“, so Heike Hofmann. Der Co-Vorsitzende Dr. Eberhard Pausch ergänzte: „Die Coronapandemie und ihre finanziellen Folgen sollten uns anspornen, endlich Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen.“



Kerstin Griese, MdB, gehört dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland an und ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

„Innenpolitisch müssen wir den Anfeindungen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten entgegentreten und unsere Demokratie so stark wie möglich machen. Außenpolitisch gelingt unsere Zukunft nur in einem Europa der gegenseitigen Solidarität und des Miteinanders und nicht der Kleinstaaterei und des Egoismus“, bekräftigten die beiden Beiratsvorsitzenden zum Abschluss der Veranstaltung. ■

# STRATEGISCH ZUM WAHLSIEG

## GASTBEITRAG ZU DEN WAHLKÄMPFEN DER SPD DARMSTADT-DIEBURG VON HEIKE HOFMANN (MDL)

Die Trendumkehr für die SPD im Bund steht noch aus. Aktuell befindet sich die SPD in Umfragen zwischen 15 und 17 Prozent. Bekanntlich wirken sich die gegenwärtigen Umfragen im Bund auch auf die Ergebnisse in den Kommunen und Landkreisen aus. Um eine deutliche Schippe draufzulegen, bedarf es, wie im SPD-Unterbezirk Darmstadt-Dieburg, einer politisch-strategischen Planung des Wahlkampfes mit den richtigen Kandidatinnen und Kandidaten, den richtigen Themen und der engmaschigen Organisation des Wahlkampfes.

Die eigentliche Wahlkampfstrategie und -planung wurde eineinhalb Jahre vor der Kommunalwahl, also sehr frühzeitig, im geschäftsführenden Unterbezirksvorstand und im Wahlkampfteam, das regelmäßig tagte, entwickelt. Die bekanntesten Kandidatinnen und Kandidaten, die auf der Kommunalwahlliste „Stimmen ziehen“, wurden vorne auf der Liste platziert. Daneben der langjährige Landrat Pit Schellhaas als Spitzenkandidat.

Auf den Personenplakaten wurden neben Pit Schellhaas nur die bekanntesten Kandidaten, die „Stimmen ziehen“ auf der Kreisebene je nach Ort, wo sie am bekanntesten sind, plakatiert. Dies hat die Aufmerksamkeit auf die Kandidaten verstärkt. Dies ist in der Partei nur durch eine sehr intensive, wertschätzende Debatte zu erreichen, die verständlich macht, dass es hierbei nicht um den Einzelnen, sondern um das große Ganze und das bestmögliche Ergebnis für die Partei geht. Zur Unterstreichung der Spitzenkandidatur des Landrats, auch im Hinblick auf seine eigene Wiederwahl, wurde die SPD in Darmstadt-Dieburg zur „Schellhaas-SPD“.



Alle Informationen wurden regelmäßig und engmaschig im Wahlkampfteam sowie in der Haupt- und Schlussphase

zwischen allen Ortsvereinsvorsitzenden ausgetauscht. Für kurzfristige, notwendige Interventionen gab es eine feste Chat-Gruppe.

In der zweiten Kampagne, der Landratswahl am 31. Mai, haben wir ebenfalls ganz auf unseren Landrat Klaus Peter Schellhaas gesetzt und ihn mit den Schlagworten „Verantwortung und Vertrauen“ im staatstragenden, sympathischen Blau ohne SPD-Logo präsentiert. Unser Landrat hatte zuvor mit seiner Spitzenkandidatur unmissverständlich klar gemacht, für welche Partei er antritt. Zudem ging es darum, Stimmen über das SPD-Potenzial hinaus, aus dem konservativen Spektrum zu erreichen. Diese Strategie ging mit der von uns zuvor erarbeiteten Empfehlung der CDU und FDP für unseren Landrat auf.

Solche Wahlsiege gelingen nur durch eine kluge, eigene Strategie. Nur durch eine geeinte, geschlossene Partei sowie den Willen zum Sieg, Freude beim Wahlkampf und eine enge, kleinteiligen Überwachung und Organisation des Wahlkampfes. ■

**Kommunalwahlergebnis Darmstadt-Dieburg 2021: 32,4 Prozent (+0,5 %),  
Landratswahl 2021: 70,1 Prozent**

# FÜHRUNGSVERSAGEN IM INNENMINISTERIUM

TRANSPARENZ SCHAFFEN, VERTRAUEN GEWINNEN

**M**it der Bilanz zur Arbeit des Integritätsbeauftragten der hessischen Polizei hat CDU-Innenminister Beuth den offenkundigen Versuch unternommen, von der Affärenserie der letzten Wochen und Monate in seinem Verantwortungsbereich abzulenken. Seit Juni 2020 ist Harald Schneider Integritätsbeauftragter, im Juli 2020 stellten der Innenminister und der Integritätsbeauftragte einen Maßnahmenkatalog vor. „Und die Bilanz nach einem Jahr ist ernüchternd“, so Günter Rudolph, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag.

Rudolph sagte, der Innenminister stehe erkennbar unter dem Druck, positive Nachrichten zu produzieren. „Dass der Bericht des Integritätsbeauftragten ihm dabei hilft, sehe ich nicht“, so Rudolph. Wenn Peter Beuth beispielsweise von einer ehrlichen, selbstbewussten und positiven Fehlerkultur spreche, die bei der hessischen Polizei verankert werden solle, werde sofort augenfällig, dass es dem Minister selbst an der Bereitschaft fehle, eigene Fehler einzu-



Günter Rudolph, MdL

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

gestehen und abzustellen.

„Der ganz überwiegende Teil der Beamtinnen und Beamten bei der hessischen Polizei leistet tadellose Arbeit und hat deswegen eine tadellose politische Führung verdient. Von der allerdings ist Innenminister Beuth weit entfernt“, sagte Günter Rudolph.

In das Ressort von Innenminister Beuth falle laut dem von verschiedenen Organisationen erstellten Transparenzregister 2021 auch das deutschlandweit schlechteste Informationsfreiheitsgesetz, obwohl es das jüngste ist. In Fragen der Transparenz ist Hessen mit dem viertletzten Platz aller Bundesländer ebenfalls abgeschlagen.

Günter Rudolph. „Hessen gehört auch nach sieben Jahren Regierungsbeteiligung durch die Grünen noch immer zu den Schlusslichtern und sendet damit ein fatales Signal an die Hessinnen und Hessen. Noch immer gibt es keinen ausreichenden Informationszugang, und es fehlt ein grundsätzlicher Informationsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen. Jeder muss einen umfangreichen Einblick in staatliches Handeln erhalten können. Das sollte übrigens selbstverständlich sein, denn so wird demokratische Meinungs- und Willensbildung gestützt und fördert die bürger-



Günter Rudolph  
Parlamentarischer Geschäftsführer



geschäftliche Teilhabe.“ Der SPD-Politiker erinnerte daran, dass seine Fraktion in der letzten Legislaturperiode einen umfassenden Entwurf für ein Transparenzgesetz vorgelegt habe, den Schwarzgrün ablehnte.

„Wir als SPD arbeiten für eine transparente Verwaltung. Hessen braucht ein neues und gutes Transparenzgesetz, welches den Kompromiss zwischen der Informationsfreiheit für Bürgerinnen und Bürger einerseits und den Interessen der öffentlichen Hand andererseits abbildet. Gerade in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit und zahlreicher Skandale müssen wir Vertrauen zurückerobern und Transparenz schaffen. Innenminister Beuth würde dies übrigens auch gut zu Gesicht stehen, denn Informationen werden zurückgehalten, und Transparenz scheint für ihn ein Fremdwort zu sein“, so Rudolph. ■



Heike Hofmann, MdL

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

## ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ WERTSCHÄTZUNG DER VIELFALT – GEGEN DISKRIMINIERUNG IN HESSEN

Die SPD-Abgeordneten Heike Hofmann und Turgut Yüksel haben die Hessische Landesregierung aufgefordert, ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen, um jede Form von Diskriminierung zu bekämpfen und eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung und Vielfalt in Hessen zu fördern. Turgut Yüksel sagte dazu am Freitag in Wiesbaden: „In unserer Gesellschaft werden Menschen jeden Tag aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Behinderung oder sexuellen Orientierung diskriminiert und diffamiert. Die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes hat einige Fortschritte gebracht, aber viele Diskriminierungen bestehen direkt oder indirekt weiter.“

Heike Hofmann sagte: „Leider beschränkt sich die schwarzgrüne Landesregierung in ihrer bisherigen Antidiskriminierungspolitik darauf, endlos – und vor allem ergebnislos – zu prüfen, ob und wie die bestehenden gesetzlichen Regelungen vielleicht zu ergänzen wären. Für uns ist klar: Diskriminierende Handlungen müssen rechtliche Sanktionen zur Folge haben. Das lässt sich am besten in einem eigenen Antidiskriminierungsgesetz regeln, weil dabei die bestehenden Gesetzeslücken geschlossen werden können.“ Beide Abgeordneten stellten fest: „In Hessen darf es keinen Platz für Diskriminierung geben, denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Hessen muss tolerant und weltoffen sein. Mit einem hessischen Antidiskriminierungsgesetz würde das Land deutlich machen, dass es willens ist, jede Form der Diskriminierung konsequent zu verhindern.“ ■

# NICHTRAUCHERGESETZ ENDLICH MEHR SCHUTZ FÜR KINDER!

**D**ie SPD-Fraktion im Hessischen Landtag begrüßt die Verschärfung des Hessischen Nichtraucherschutzgesetzes. Dr. Daniela Sommer, die gesundheitspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, sagte in der Plenardebatte zu der Gesetzesverschärfung am Dienstagnachmittag, insbesondere die Verbesserung des Schutzes von Kindern sei begrüßenswert: „Das Rauchverbot auf hessischen Spielplätzen, so wie es bereits in anderen Bundesländern umgesetzt wird, war überfällig. Wir sind froh, dass Hessen – wenn auch spät – endlich reagiert. Denn es sind vor allem Kinder, die sich vor Passivrauchen und vor Vergiftungen durch Zigarettenstummel nur sehr schwer alleine schützen kön-



Dr. Daniela Sommer, MdL

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

nen. Daher muss es unsere gemeinsame Aufgabe sein, diesen Schutz zu gewährleisten.“

Mit der Novellierung des Gesetzes stünden die Zeichen gut, dass Hessen zukünftig nicht weiter auf dem vorletzten Platz beim Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Passivrauchen rangiert.

Sommer erläuterte, jeder siebte Todesfall oder 13 Prozent aller Todesfälle seien auf die Folgen direkten Rauchens zurückzuführen, weitere zwei Prozent entfielen auf die Folgen von Passivrauchen. Die gesundheitlichen Risiken des Passivrauchens seien vor allem, aber nicht nur, für Kinder von erheblichem Ausmaß. Durch Passivrauchen könne es vermehrt zu Erkrankungen wie Asthma, Bronchitis oder Mittelohrentzündungen kommen. ■



Elke Barth, MdL

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

### MIETENSTOPP MIETERINNEN UND MIETER MÜSSEN BESSER GESCHÜTZT WERDEN

Zu einer aktuellen Stunde der Linken äußerte sich die wohnungspolitische Sprecherin der SPD, Elke Barth: „Allein durch vermehrtes Bauen werden die Probleme auf dem Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen nicht gelöst, das können wir seit Jahren beobachten. Auch Corona hat den Anstieg der Mieten nicht gebremst. Immer mehr Menschen müssen bis zur Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben, wie eine neuerliche Studie der Hans-Böckler-Stiftung gerade wieder festgestellt hat.“ Erforderlich sei, so Barth, ein bundesweiter Mietstopp, nachdem das Bundesverfassungsgericht festgestellt habe, dass den Bundesländern die gesetzgeberische Zuständigkeit für eine solche Regelung fehle. „Wir als hessische SPD unterstützen daher die Forderung nach einem bundesweiten Mietstopp und weisen auf das Wahlprogramm zur Bundestagswahl hin, in dem ein Mietemmoratorium zu finden ist“, so Elke Barth, die zugleich ankündigte, dass die SPD den bundesweiten Aktionstag des Bündnisses „Mietenstopp jetzt“ unterstützt. ■

## TARIFTREUE GESETZ FÜHRT ZU ABSINKEN DES LOHNNIVEAUS

Im Hessischen Landtag fand die Beratung über den Gesetzentwurf von Schwarzgrün für eine Novelle des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes statt. Für die SPD-Landtagsfraktion hat der Gesetzentwurf das Ziel, öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen zu vergeben, die ihre Mitarbeitenden nach Tarif bezahlen, verfehlt.

Elke Barth, vergabepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: „Überall

dort, wo es Flächentarifverträge gibt, hätte man diese nach EU-Recht als maßgeblich einstufen können. Außerdem fehlt ein vergabespezifischer Landesmindestlohn. Diesen haben wir als SPD in Hessen gefordert, wie er in anderen Bundesländern bereits besteht. Nun ist aus dem bisher schlechten Gesetz ein noch schlechteres geworden. Die Chancen sind verpasst“, so Elke Barth. Es fehle an Kontrollen, Sanktionen sind komplett gestrichen. Das Gesetz

fördere Dumpinglöhne und nicht einmal die ILO-Kernarbeitsnormen waren es den Grünen wert, im Gesetz verankert zu werden. Elke Barth: „Dieses Gesetz ist kein Tariftreuegesetz. Es führt bei öffentlichen Aufträgen nicht zu mehr Tariftreue, sondern ist einfach ein reines Vergabegesetz und trägt somit zu einem weiteren Absinken des Lohnniveaus in Hessen bei. Nur der Billigste darf noch öffentliche Aufträge ausführen.“ ■

## OPFERFONDS HESSISCHER OPFERFONDS HILFT OPFERN EXTREMISTISCHER ODER TERRORISTISCHER ANSCHLÄGE

Gemeinsam haben die Fraktionen von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP den hessischen Opferfonds neu geschaffen. Für die Opfer und Angehörigen schwerer Gewalttaten von landesweiter Bedeutung und von Terroranschlägen wird ein Hilfsfonds beim Hessischen Landtag eingerichtet, der pro Haushaltsjahr mit zwei Millionen Euro ausgestattet wird, um Hilfen zur Verfügung zu stellen, die zur Bewältigung des erlittenen Unrechts und seiner Folgen gebraucht werden.

„Unser gemeinsames Ziel ist es, dass Opfer von extremistischer Gewalt und Terror schnell und unbürokratisch Hilfe und Unterstützungsangebote erhalten

und aktiv auf die Betroffenen zugegangen wird. Der rechtsterroristische Anschlag von Hanau, der Mord an Dr. Walter Lübcke oder die Amokfahrt von Volkmarsen sind für uns Anlass, das hessische Opferchutzangebot mit einem Opferfonds zu erweitern. Der Fonds ist auch Ausdruck des gemeinsamen Einstehens aller für unsere Grundwerte und unsere demokratische Gesellschaft – unabhängig von rechtlichen Schuldbegriffen“, erklärten die Vorsitzenden der vier Landtagsfraktionen, Ines Claus (CDU), Mathias Wagner (Bündnis 90/Die Grünen), Nancy Faeser (SPD) und René Rock (Freie Demokraten), am Dienstag in Wiesbaden.

„Schwere Gewalttaten, insbesondere jene, die aus einer extremistischen oder terroristischen Motivation heraus begangen werden, hinterlassen bei den Opfern und ihren Familien körperliche und seelische Verwundungen, die oft nicht mehr verheilen. Von einem Moment auf den anderen stehen sie vor einer völlig neuen Situation, auf die sie sich einstellen und die sie bewältigen müssen. Das Leben, so wie sie es kannten, gibt es für sie nicht mehr. Als Akt der Unterstützung, des Mitgeföhls und der Nächstenliebe hilft das Land Hessen den Opfern und ihren Angehörigen bei der Bewältigung der neuen Lebenssituation damit auch materiell. „Es erfreut uns, dass in dieser anspruchsvollen Thematik rasch gemeinsam diese Möglichkeit der Unterstützung realisiert werden konnte“, so die Fraktionsvorsitzenden Claus, Wagner, Faeser und Rock.

Die Zuwendung aus dem Fonds beträgt in der Regel 10.000 Euro. In besonderen Härtefällen, insbesondere bei Todesfällen nach Terroranschlägen oder Attentaten mit besonderer Tragweite oder gesellschaftsverachtender Inhumanität, kann eine Zuwendung an die Angehörigen der Opfer in Höhe von bis zu 100.000 Euro erbracht werden.

Über die Gewährung von Leistungen aus dem Opferfonds entscheidet der elfköpfige Opferfondsbeirat nach von ihm festzulegenden Richtlinien und Verfahrenskriterien. Dies möglichst zeitnah und unbürokratisch auf entsprechenden Antrag und unbeschadet sonstiger gesetzlicher oder zivilrechtlicher Ansprüche des Opfers oder seiner Angehörigen.

Der Opferfondsbeirat wird sich zeitnah ein Verfahren geben und die technischen Voraussetzungen zur Abwicklung der aus dem Opferfonds zu gewährenden Leistungen entwickeln. Perspektivisch soll der Opferfonds im Verantwortungsbereich der bzw. des Bürgerbeauftragten des Landtags angesiedelt werden. ■



# SCHULEN UND KITAS

**SCHULEN CORONAFEST MACHEN, SCHNELLER ENTSCHEIDEN, SCHNELLER HANDELN**

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Lisa Gnadt, hat Schwarzgrün aufgefordert, die hessischen Kitas und Schulen endlich für den Herbst coronafest zu machen.

„Die Schließungen von Schulen und Kitas haben bei vielen Kindern und Jugendlichen tiefe Spuren hinterlassen. Ihre gesamtgesellschaftlichen Folgen werden erst nach und nach in ihrem ganzen Ausmaß deutlich. Nur ein Drittel der Kinder und Jugendlichen ist mit der Pandemie gut zurechtgekommen. Zwei Drittel haben Beratungs- oder Therapiebedarf. 2.126 hessische Schülerinnen und Schüler sind komplett abgetaucht. All das darf sich nicht wiederholen! Das sind wir den Kindern und Jugendlichen und den Familien schuldig“, so Gnadt.

Man könne es sich gesellschaftlich gar nicht mehr leisten, Schulen und Kitas erneut zu schließen. Deswegen müsse alles dafür getan werden, dass die Schulen und Kitas auf den Herbst und Winter gut vorbe-



Lisa Gnadt, MdB

reitet seien. „Wir stehen kurz vor den Sommerferien, und es macht viele Menschen, Eltern und Jugendliche fassungslos und wütend, dass wenig bis nichts im letzten Jahr passiert ist und wir möglicherweise vor den gleichen Problemen wie im letzten Jahr stehen. Das versteht niemand mehr“, ist sich Gnadt sicher. Kein Verständnis habe sie dafür, dass die Schulen und Kitas nicht durchgängig mit Lüftungs- und Luftreinigungsanlagen ausgestattet sind, die ein unbeschwertes Lernen im Klassen- und Gruppenraum möglich machen. Gnadt: „Sie wollen doch nicht ernsthaft Kinder und Jugendliche wieder in Daunenjacken spielen und lernen lassen? Lassen Sie die Sommerferien nicht wieder ungenutzt verstreichen. Die Kommunen brauchen Ihre Unterstützung, denn die bisherigen Programme reichen einfach nicht aus, um das vor Ort finanziell zu stemmen.“ Bisher werden nur die Räume ausgestattet, bei denen ein Lüften nicht möglich



sei, sonst setze man alleine aufs Lüften. Schwarzgrün wisse noch nicht einmal, wie viel Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher einen vollständigen Impfschutz gegen COVID-19 hätten. Nicht nachvollziehbar sei es, dass man nicht auch für die Kitas alles vorbereite, um Kinder mit Lollitests auszustatten und dass sich die Landesregierung nicht dafür interessiere, wie es in einigen Kommunen umgesetzt wurde.

Gerade jetzt nach den Sommerferien seien besondere Präventionskonzepte für die ersten Wochen notwendig, damit Infektionen nach einer Reiserückkehr effektiv eingedämmt werden. „Erhöhen Sie die Testfrequenz, damit wir schneller eine Infektion erkennen und nur einzelne Kinder statt ganze Klassen und Gruppen in Quarantäne geschickt werden“, fordert Gnadt. „Kinder und Jugendliche dürfen nicht wieder die Leidtragenden von verpassten Chancen, versäumter Vorbereitung und zu späten politischen Entscheidungen sein. Deshalb lassen Sie die Zeit bis zum Schul- und Kitabeginn nicht wieder ungenutzt verstreichen und handeln Sie.“ ■



Karin Hartmann, MdB

**SCHWIMMEN  
SCHWARZGRÜN  
BRAUCHT EIN KONZEPT,  
SCHWIMMFLÜGEL  
ALLEIN REICHEN NICHT**

Nach Schätzung der DLRG kann jeder dritte Jugendliche nicht schwimmen. Im Gegensatz zu anderen Kulturtechniken kann das zu lebensgefährlichen Situationen führen. Karin Hartmann, sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag: „Wir müssen verhindern, dass die Gefahr einer Generation der Nichtschwimmer weiter zunimmt, gerade in Zeiten von Corona. Ziel muss es sein, dass alle Kinder und Jugendliche frühzeitig lernen, sich sicher im Wasser zu bewegen. Derzeit erfreuen sich Wassersportarten einer stetig wachsenden Begeisterung und stellen eine zusätzliche Gefahr dar, auch für Nichtschwimmer.“ Es bedürfe dringend zusätzlicher Anstrengungen und Initiativen, um flächendeckend allen Kindern und Jugendlichen ein Schwimmangebot unterbreiten zu können. Ein auskömmliches Investitionsprogramm, aber auch eine Bezuschussung der Unterhaltungskosten, insbesondere für Hallenbäder, halte die SPD für zwingend erforderlich, um weiteren Schwimmbadschließungen zu entgegen. „Deshalb stimmen wir den Punkten 2 und 3 des Antrages der Fraktion ‚Die Linke‘ zu, sprechen uns jedoch dagegen aus, dass die Mittel dafür aus dem Sondervermögen entnommen werden. Die Landesregierung muss sich gemeinsam mit DLRG, Schwimmverband und Landessportbund Gedanken machen, in welcher Form und mit welchem pfiffigen Konzept man auch Nichtschwimmer begeistern und erreichen kann, die über 14 Jahre sind. Allein Schwimmflügel reichen nicht“, so Karin Hartmann. ■

# DIGITALE INFRASTRUKTUR KEIN EMPFANG IN HESSEN

Digitale Infrastruktur trägt zu einem wesentlichen Teil zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land bei. Ein Entschließungsantrag zur hessischen Digitalstrategie, der von Schwarzgrün in den Hessischen Landtag eingebracht wurde, ist rechtlich nicht bindend und malt nur schöne Bilder einer Digitalisierung Hessens. Schwarzgrün hinkt hinterher, wenn es um Breitbandausbau, Mobilfunkversorgung und digitale Bildung geht.

Bijan Kaffenberger, digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, sagte: „Hessen wird abgehängt. Beim Breitbandausbau sind wir nur noch auf Platz 11 im Bundesvergleich, das Mobilfunkförderprogramm hat nicht einmal selbst Empfang, und die Digitalisierung von Schulen wird als reines Thema der Pandemie angesehen, ein Kardinalfehler.“

Der heute in den Hessischen Landtag eingebrachte Entschließungsantrag von Schwarzgrün will Probleme lösen, zeigt aber nicht auf, wie der ländliche Raum

bei der Digitalisierung besonders gefördert werden soll. „Schöne Bilder und Geschichten machen noch keine Digitalstrategie für den ländlichen Raum.

Digitale Dorflinden helfen da auch nicht weiter. Schwarzgrün soll nicht nur Umrisse zeichnen, es wird Zeit, auch endlich einmal auszumalen“, so Kaffenberger. ■



Bijan Kaffenberger, MdB

# SINNESBEHINDERUNGEN

## TEILHABE VON MENSCHEN MIT SINNESBEHINDERUNGEN

**D**er Hessische Landtag hat über das Gesetz zur Teilhabe von Menschen mit Sinnesbehinderungen debattiert. Die behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulrike Alex, sagte in der Aussprache, dass die Landesregierung überhaupt einen Gesetzentwurf vorgelegt habe, der es Menschen mit Sinnesbehinderungen möglich mache, Taubblinden- oder Gehörlosengeld zu beantragen, sei ein Fortschritt. Allerdings weise der Gesetzentwurf der Landesregierung eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf.

Ulrike Alex sagte: „Problematisch ist beispielsweise, dass für den Bezug des Gehörlosengeldes ein Behinderungsgrad von 100 Prozent zur Voraussetzung gemacht wird. Diesen Grad können gehörlose Menschen nur erreichen, wenn eine weitere Einschränkung besteht, die mit der Gehörlosigkeit nichts zu tun, zum Beispiel Diabetes. Es entsteht der Eindruck, als wolle die Landesregierung auf



Ulrike Alex, MdB

diese Weise die Zahl der Anspruchsberechtigten möglichst gering halten.“

Nicht nachvollziehbar sei auch, warum Menschen, die aus einem anderen Bundesland in eine stationäre Einrichtung in Hessen umziehen, keinen Anspruch auf Gehörlosen- oder Taubblindengeld haben sollten, so Alex. Die

SPD-Fraktion habe diese Regelung bereits in der Diskussion um das Blindengeldgesetz moniert. Ulrike Alex sagte: „Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf geht offenbar davon aus, dass Menschen mit Sinnesbehinderungen in großer Zahl nach Hessen ziehen könnten, nur um hier Taubblinden- oder Gehörlosengeld beziehen zu können. Das ist unsinnig. Wenn solche Zuzüge in stationäre Einrichtungen in Hessen stattfinden, dann aller Erfahrung nach, damit die Betroffenen in der Nähe von Angehörigen leben können. Die Regierung hat mit dem Gesetz nicht deutlich machen können, dass es

sich bei den Leistungen um einen Nachteilsausgleich handelt, auf den laut UN-BRK Menschen ein Recht haben. Vielmehr scheinen die Landesregierung und die sie tragenden Parteien der Ansicht zu sein, es handle sich um eine Freundlichkeit, die man einigen zukommen lassen und anderen verwehren kann.“ ■

FOTO: ANGELEIKA ASCHENBACH



Heinz Lotz, MdB

FOTO: ANGELEIKA ASCHENBACH

### JAGDRECHT SPD LEHNT EINSATZ VON TOTSCHLAG- FALLEN AB UND FORDERT MODERNES JAGDRECHT

Der jagdpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Heinz Lotz, hat die Regelung für ein Gesetz zum Verbot von Totschlagfallen begrüßt.

Heinz Lotz in Wiesbaden: „Die SPD-Fraktion lehnt den Einsatz von Totschlagfallen ab. Wir befürworten, dass aus einem Verbot nun auch ein Gesetz wird.“ Aus Sicht der SPD gehöre zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung eine verantwortungsvolle und tierschutzgerechte Jagd. „Wir fordern bereits seit über 15 Jahren ein auf einem breiten gesellschaftlichen Fundament fußendes modernes Jagdrecht“, sagte Lotz im Plenum des Hessischen Landtags.

Expertenanhörungen im Landtag oder ein Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs attestierten dem Umweltministerium fachliche Mängel. Auch mit dem heutigen Gesetzentwurf zu den Totschlagfallen gebe es von Schwarzgrün wieder nur ein weiteres Stückwerk. „Umweltministerin Hinz zeigt sich uneinsichtig und ist nicht bereit, ein modernes Jagdrecht mithilfe von Öffentlichkeit, Naturschutzverbänden und Jägerschaft zu erarbeiten“, so Lotz. ■

## UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS „HANAU“ 20/2 SOLL UMSTÄNDE DES HANAUER TERRORANSCHLAGS LÜCKENLOS UNTERSUCHEN

**D**er parlamentarische Untersuchungsausschuss zu den rassistisch motivierten Morden von Hanau hat am Mittwoch, 14. Juli 2021, offiziell seine Arbeit aufgenommen. Beantragt hatte die Einsetzung des Ausschusses die SPD-Fraktion, die ihren Antrag gemeinsam mit den Freien Demokraten und den Linken einbrachte.

In der Plenardebatte dazu sagte die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Nancy Faeser: „In der Nacht vom



FOTO: PETER JÜLICH

19. auf den 20. Februar 2020 sind in Hanau neun junge Menschen einem rassistischen Terroranschlag zum Opfer gefallen. Auch der Täter selbst und seine Mutter kamen ums Leben. Die vielen Details und Unstimmigkeiten, die seither bekannt geworden sind, legen es aus unserer Sicht zwingend nahe, die Ereignisse mit den Instrumenten eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu durchleuchten. Denn es steht im Raum, dass hessische Sicherheitsbehörden in der Tatnacht und in der Zeit danach Fehler gemacht haben, die sich möglicherweise auf strukturelle Unzulänglichkeiten innerhalb dieser Behörden zurückführen lassen. Im Zusammenhang mit dem Terroranschlag von Hanau ist vieles unklar und widersprüchlich. Das reicht von dem nicht erreichbaren Polizeinotruf über den verschlossenen Notausgang in der ‚Arena‘-Bar bis zum Umgang von Polizei und Staatsanwaltschaft mit den Angehörigen der Todesopfer. Mithilfe des Untersuchungsausschusses soll nachvollzogen werden, wie die Behörden auf das rassistische Attentat reagiert haben, ob es dabei zu Fehlleistungen gekommen ist und ob es erforderlich ist, Veränderungen in der technischen und organisatorischen Aufstellung der hessischen Sicherheitsbehörden vorzunehmen.“ Faeser sagte, die möglichst

lückenlose Aufklärung des Geschehenen solle auch einen Beitrag zur Traumabewältigung leisten: „Klarheit über den Ablauf des Attentats, über den Polizeieinsatz und die nachfolgende Ermittlungsarbeit macht das Grauen jener Nacht nicht ungeschehen und bringt keiner Familie das ermordete Kind zurück. Dennoch schulden wir den Opfern des rechtsterroristischen Anschlags und ihren Angehörigen das Bemühen um eine parlamentarische Aufklärung. Denn sie zeigt, dass wir nicht bereit sind, zur Tagesordnung überzugehen.“

Als Obfrau der SPD-Fraktion im UNA 20/2 wurde Heike Hofmann bestimmt. Die 48-jährige Rechtsanwältin ist seit dem Jahr 2000 Mitglied des Hessischen Landtags, seit Januar 2019 amtiert sie als dessen Vizepräsidentin. Das Vorschlagsrecht für den Vorsitz von Untersuchungsausschüssen wechselt gemäß den Bestimmungen des neuen Hessischen Untersuchungsausschussgesetzes (HUAG) zwischen den Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Für den neuen Untersuchungsausschuss bekam der Abgeordnete Marius Weiß den Vorsitz. Der 46-jährige Weiß ist ebenfalls Rechtsanwalt und seit 2008 Mitglied des Hessischen Landtags und seit 2016 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. ■

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

**Redaktion:**  
Christoph Gehring  
(verantwortlich)  
Dr. Wilfried Lamparter  
Cord Wilke  
Willy Witthaut  
Gloria Rümer

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1–3  
65183 Wiesbaden